

CDU-Kompromiss beim Mindestlohn

## **Hungerlöhne bleiben unangetastet**

Jochen Wiemken - 14. November 2011 – Quelle: [www.spd.de](http://www.spd.de)

**Die CDU-Pläne für eine Lohnuntergrenze haben mit einem Mindestlohn nichts mehr zu tun. Die Lohnuntergrenze ist weder allgemein noch verbindlich, auch hilft sie vielen Geringverdienern überhaupt nicht. Zu diesem ernüchternden Ergebnis kommt die SPD – und bekräftigt die Forderung nach einem flächendeckenden allgemeinverbindlichen Mindestlohn in Deutschland.**

Noch letzte Woche keimte bei Millionen Menschen, die trotz einer Vollzeitstelle Hartz IV beantragen müssen, um ihre Familien zu ernähren können, Hoffnung auf. Im Vorfeld ihres Bundesparteitags debattierte die CDU heftig über einen flächendeckenden, einheitlichen Mindestlohn. Der CDU-Arbeitnehmerflügel machte sich für einen an der Zeitarbeit angelehnten Mindestlohn stark.

Doch am Sonntag wurden die Hoffnungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zerstört. Die CDU-Parteispitze einigte sich beim Thema Mindestlohn auf den kleinsten gemeinsamen Nenner. Kurz vor Beginn des Parteitages setzte die CDU-Vorsitzende Angela Merkel branchen- und regionalspezifisch unterschiedliche Lohnuntergrenzen in tariflosen Branchen durch. Das alles hat mit einem Mindestlohn nichts mehr zu tun, stellen Politiker der SPD fest.

„Die Scheineinigung bei der CDU beim Mindestlohn ist schlimm für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland“, sagt SPD-Chef Sigmar Gabriel. Der Vorschlag der Union sei „substanzlos“, da er nichts daran ändere, „dass Millionen von Menschen in Deutschland, obwohl sie normal arbeiten, trotzdem hinterher zum Sozialamt müssen“.

Dass die CDU-Pläne weder Lohndrückerei beenden noch bundesweit alle Löhne über das Existenzminimum heben, kritisiert auch die SPD-Parteivize, Mecklenburg-Vorpommerns Arbeitsministerin Manuela Schwesig. So zementiere die CDU mit einer Lohnuntergrenze nur für Branchen, die nicht tarifvertraglich geregelt sind, in Ostdeutschland Niedriglöhne in vielen Branchen. Als Beispiel nennt sie Friseurinnen in Thüringen, die nach Tarif ganze 3,18 Euro in der Stunde verdienen: Sie hätten von den Plänen der Union überhaupt nichts. „Es ist heuchlerisch, dass die CDU das plötzliche soziale Gewissen mimt, in Wirklichkeit aber solche Hungerlöhne unangetastet lassen will“, sagt Schwesig.

Im Gegensatz zur CDU tritt die SPD für einen flächendeckenden allgemeinverbindlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro ein. Für die Sozialdemokraten und Gewerkschaften ist nur so möglich, dass Menschen von Vollzeitarbeit leben können. Doch dieser Einsicht verweigert sich die CDU

weiterhin.

„Man merkt, Angela Merkel hat gar nicht verstanden, um was es geht, nämlich um den Wert von Arbeit“, stellt SPD-Chef Gabriel fest. Statt den Menschen, die von Armutslöhnen leben müssen, zu helfen, besetzte sie das Thema Mindestlohn nur taktisch, „ohne jede Substanz“.